



Brüssel, 16.07.2010

## **CDU/CSU: Strengere Auflagen für EU-Regionalförderung Höchstförderung kürzen und für Defizitsünder aussetzen/keine neuen Fonds schaffen**

Drastische Korrekturen für EU-Regionalförderung in der Programmperiode fordert die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Der europäische Mehrwert sei stärker zu betonen. Europa dürfe nur noch dort fördern, wo Europa gebraucht wird. Deshalb sollten die EU-Gelder (2007 - 2013: 340 Milliarden Euro) ab 2014 stärker in Abhängigkeit von Leistungsindikatoren vergeben werden, so der Europaabgeordnete Markus Pieper (CDU). Zudem müsse die Eigenverantwortung der Regionen durch eine höhere nationale Mitfinanzierung gesteigert werden.

In einem Positionspapier zählt die CDU/CSU 23 Eckpunkte zur Neuausrichtung der Strukturpolitik auf. Sie bringt sich damit in die Diskussion um den künftigen EU-Finanzrahmen ein. So fordern die Abgeordneten, "Mitnahmeeffekte" der Regionalförderung einzuschränken. Dafür solle die Eigenverantwortung der Regionen gestärkt werden. Der EU-Höchstzuschuss sei von 85 % auf 65 % zu begrenzen. Für Defizitsünder wollen die Abgeordneten die Strukturfonds künftig automatisch sperren. Fördermittelmisbrauch soll durch stärkere Kontrolle, Offenlegungspflichten und obligatorische Zertifizierungen für Prüf- und Verwaltungsbehörden erlangt werden. "Die Strukturpolitik ist mittlerweile der größte Haushaltsbrocken", sagte Pieper gestern in Brüssel. Wir sind dem Geld der Steuerzahler verpflichtet und wollen die Regeln für die Strukturförderung weiter verschärfen, so Pieper, der stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung ist.

Inhaltlich müsse die Regionalpolitik neben dem Schwerpunkt Infrastrukturausbau stärker auf die Herausforderungen des demographischen Wandels, einer nachhaltigen Energieversorgung sowie auf umweltschonende Technologien ausgerichtet werden. Für eine Umsetzung der entsprechenden EU 2020-Strategie biete europäische Regionalpolitik bewährte nationale und regionale Strukturen. Neue - von Fachpolitikern geforderte - EU-Fonds (Klima, Verkehr, Beschäftigung, Regionalforschung) würden diese jedoch zerschlagen und die Programmplanung und Kontrolle noch stärker auf die Kommission konzentrieren. Die Regionalpolitik müsste einer zentralen Sektorpolitik weichen, die durch neue EU-Agenturen umzusetzen wäre. "Wir lehnen diese Vorstöße in Richtung eines europäischen Zentralismus ab", so der regionalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe Pieper.